

# Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Anzeigen

Wenn die Spaltenzahl über dem  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, Gr. Ulrichstraße 68, I sowie von  
anderen Annoncenstellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Pfg. für Halle  
und auswärts 1 M.  
Erscheint täglich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, Gr. Braubachstraße 17;  
Küchenschloßstraße: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 68, I; Leipziger Str. 590 u. 591.

**Bezugspreis**  
Die Halle vierteljährlich bei postmässiger  
Zahlung 2,50 M., durch die Post  
2,65 M., auswärts Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen.  
Im antiken Zeitungs-Verzeichnis  
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
Für abendwärts eingehende Remittenzen  
ist keine Gewähr übernommen.  
Kodex mit Quittungsbogen:  
Ganze-Bl. gefastet.  
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1190;  
der Geschäftsstelle Nr. 1133 a.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrich-  
straße 68, I; Leipziger Str. 590 u. 591.

Nr. 293.

Halle a. S., Sonnabend, den 26. Juni.

1909.

## Der Negerleid.

Man schreibt uns:

Wenn heute jemand öffentlich die Forderung stellen wollte, daß unsere Kinder etwa mit Beginn des schulpflichtigen Alters oder selbst eines späteren zum Einbezug zugelassen werden sollten, so würde man solches nicht für ernst nehmen und darüber einfach zur Tagesordnung übergehen, selbst wenn der Antragsteller eine bedeutendere Persönlichkeit wäre. Recht seltsam hat aber auf einen jeden, welcher unsere Kolonien und ihre Eingeborenen kennt, d. h. genau kennt und nicht bloß von einer flüchtigen Durchreise her, die von unserem höchsten Kolonialbeamten im Reichstage in Aussicht gestellte Zulassung der Eingeborenen zum Einbezug gewirkt.

Man vergleicht unsere Eingeborenen, den „Neger“, gern und allgemein mit Kindern. Schon hieraus sollte sich die Frage, ob der Neger ebensmäßig ist oder nicht, eigentlich ganz von selbst beantworten. Jener Vergleich, wie bekanntlich fast jeder andere, hintert aber. Allerdings ist der Neger in seinem Benehmen, seinen Interessen ein großes Kind, er ist wie dieses sorglos und kümmert sich um die Zukunft nicht weiter, als seine Nase lang ist, er läßt sich blind von Augenblicksgefühlen und Einflüssen leiten, ohne den hemmenden Einfluß vernünftiger Überlegung, für welche letztere er allerdings einen Erbsitz findet in seiner berechnenden Schlaueit und Gerissenheit da, wo es einen egoistischen Vorteil wahrzunehmen gibt. Trotz jener heiligen Scheu vor der Arbeit und seinem gänzlichen Mangel an Pflichtgefühl widmet er sich zwar jener, jedoch nur unter dem Druck der äußeren Verhältnisse; hört dieser auf, so wirft der Neger den „Kram“ seinem Herrn vor die Füße und gibt sich dem Faulenzen hin. Begriffsverwechslung zwischen mein und dein, Eigen, Unfähigkeit, Graufamkeit usw. sind ihm im höchsten Maße eigen, und da wir die Anlagen dieser und ähnlicher Eigenschaften auch bei unseren Kindern wahrnehmen können, so mag der Vergleich des Negers mit einem Kinde insoweit als guttunlich gelten. Er verlangt aber ganz und gar, wenn wir die Frage stellen, wie es bei beiden - Negern und Kindern - mit der Veranlagung und Entwicklungsfähigkeit guter und sittlicher Eigenschaften beschaffen ist.

Unser Kind steht im ersten Stadium seines Lebens noch ganz und gar fernjenseits von gut und böse, für beides bringt es natürliche Anlagen mit auf die Welt, und von den äußeren Einflüssen auf das Kind hängt es im wesentlichen ab, wie jene beiden Arten von Eigenschaften in ihm sich entwickeln, ob aus ihm ein guter oder ein böser Mensch wird. Vergleichbar aber wird man das gleiche beim Neger erwarten, und wie es unter unseren Kindern auch solche gibt, bei denen die besten Erziehungskünste scheitern und die Entwicklung zum Bösen sich nicht aufhalten läßt, so ist dies beim Neger der Fall, u. z. m. Bildet dieser Fall gleichzeitig die Regel. Dem Neger fehlt eben jede natürliche Anlage zu einer Moral nach unseren europäischen Begriffen. Zwar läßt sich mitunter etwas bei ihm anerkennen, was wie eine solche „Moral“ aussehst; es ist und bleibt aber ein reines Kunstprodukt, dem jede feste Grundlage fehlt, eine Scheinmoral, welche bei jeder sich bietenden Gelegenheit, wo sie sich praktisch betätigen könnte, völlig zerfällt.

Schon hieraus allein ergibt es sich, daß die elementarste Voraussetzung für die Eidesmündigkeit, das Verständnis für den Begriff „Moral“ überhaupt, beim Neger nicht vorhanden ist. Das ist aber noch nicht alles. Genau so wie im Zeugnis des Kindes, selbst wenn dieses die Wahrheit zu sprechen sich bemüht, sich Wirklichkeit und Phantasie leicht vermengen, so auch beim Neger, nur mit dem Unterschied, daß er der Fiktion bei weitem den größten Spielraum überläßt und der Wahrheit höchstens nur so viel, als sie ihm von persönlichem Vorteil zu sein scheint. Denn - und das ist der Kernpunkt der Frage - der Neger kennt nur eine einzige Moral, die des kraftlosen Egoismus, eine Moral, zusammengefaßt in dem einen Wörtchen „Ich“, und diesem Zweck zu dienen, ist ihm jedes Mittel geheilig und verpflichtet. Beispielsweise die Gabe des Sprechens, und sie vor allem, hat nach seiner Auffassung den ausgesprochenen Zweck, durch Verberzung der eigenen Gedanken und Zerschneidung anderer Personen ihm Vorteile zu schaffen. Je besser und erfolgreicher jemand diese Kunst versteht, in desto höherer Achtung steht er bei seinen Stammesgenossen und desto zuletzt bei sich selbst. Das Gegenteil erscheint dem Neger: als ein beklagenswerter Mangel, vor allem als Zeichen von Beschränktheit. Die Zustimmung gar, sich in jedem Falle an die Wahrheit zu halten, würde ihm einfach unbegreiflich sein und ihm so unsäglich dummt und lächerlich erscheinen, wie kaum eine andere demoralischen Forderungen des Weißen, den er eben wegen dieser letzteren bei allem sonstigen Respekt für einen halben Narren hält.

Es erübrigt sich nach dem Geraden wohl von selbst, hier näher auszuführen zu wollen, welche entgegen verhängnisvolle Folgen die Einführung des Negerrechts, selbst in beschränkter Form, für Weiße und Schwarze, haben würde. Man könnte eine solche Tat wohl am treffendsten mit derjenigen

eines Menschen vergleichen, welcher einem kleinen Kinde eine geladene Pistole als Spielzeug schenkt und dadurch wohl andere Menschen und auch das Kind selber in Lebensgefahr bringt. Die Einführung des Negerrechts wäre ein Verbrechen gegen Weiße und gegen Eingeborene.

Dann dem ihm verlassenen Kaiserlichen Verwaltungsrecht und nach der Art und Weise, wie er dieses Recht bisher gehandhabt hat, ist zu erwarten, daß Staatssekretär Denburg eines Tages ganz plötzlich und unerwartet auf telegraphischem Wege die Kolonien mit einer Verordnung betreffend die Einführung des Negerrechts überfallen wird. Daran ist man dort ja schon längst gewöhnt. Inbes ist wohl anzunehmen, daß man in den Kolonien, zum mindesten in Deutsch-Südwestafrika, eine solche Verordnung nicht allzu tragisch nehmen würde. Ebenso wie die britischen Kolonien längst gelernt haben, ungeeignete Maßnahmen der Londoner Kolonialpolitik durch Umgehung ganz oder möglich unwirksam zu machen, hat man hiermit z. B. in Südwestafrika bereits ebenfalls mit gutem Erfolg begonnen. Es ist aber zu hoffen, daß die etwaige dorige Einführung des Negerrechts lediglich eine papierne Maßregel bleiben würde, ohne irgendwelchen praktischen Wert und somit auch ohne verderblichen Einfluß auf die koloniale Rechtspflege. Aber es kann auch anders kommen, und darum bliebe in jedem Falle die Einführung des Negerrechts ein gewagtes und höchst gefährliches Experiment.

**Anton Passarge,**  
Herausgeber der „Windhuker Nachrichten“,  
a. St. in Jena.

## Deutsches Reich.

Schl. und Personalnachrichten.

Der Kaiser hatte vorgestern in Kiel, wie aus Paris gemeldet wird, am Vord der „Allice“ eine längere Unterredung mit dem französischen Abgeordneten Jules Roche.

## Unstimmigkeiten im Bundesrat?

Berlin, 25. Juni 1909.

Aus Abgeordnetenkreisen wird der „Saale-Zeitg.“ geschrieben:

Die getrige Abstimmung im Reichstag über die Erbschaftsteuer hat in vielen Kreisen überrascht; man hat eine wenn auch geringe, aber doch sichere Mehrheit für die Annahme der Vorlage erwartet. Dabei hatte man damit gerechnet, daß die Antifemiten geschlossen für die Regierungsvorlage eintreten würden. Wäre dies der Fall gewesen, wären also die fünf antifemistischen Stimmen im entgegengesetzten Sinne (als gefehlen) abgegeben worden, so hätte die Vorlage die Mehrheit erhalten.

Darüber, was nun geschehen wird, ist man natürlich noch ganz im Unklaren, weil sich der Reichstanzler bisher noch in Schweigen hüllt. Es wird glaubhaft versichert,

daß Fürst Bälou die kaiserliche Auflösungsorder in der Tatgehabt habe, daß aber der Bundesrat seine verfassungsmäßig erforderliche Zustimmung zur Auflösung in einer gestern mittag abgehaltenen Sitzung nicht erteilt habe.

Möglichstweise ist dabei die Rücksicht auf die ungünstige Jahreszeit mitbestimmend gewesen. Würde der Reichstag jetzt aufgelöst, so müßte die Neuwahlen binnen 60 Tagen, also im Juli oder August, stattfinden. Die Zeit der Ernte und der Ferienreisen ist für Reichstagswahlen gewiß recht ungeeignet. Vielleicht wird die Entscheidung noch verschoben: Der Reichstag wird jetzt vertagt und im Herbst aufgelöst.

## Epilog zur Kaiserbegegnung.

(Entwürfe des „Echo de Paris“.)

Offenbar hat dem Eindruck der Hamburger Rede Kaiser Wilhelms abzumühen, veröffentlicht das „Echo de Paris“ eine Petersburger Depesche seines Korrespondenten über die Vorgänge bei der Kaiserbegegnung in Brest. Der Korrespondent will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß zwischen den beiden Souveränen wohl wie zwischen ihren Ministern keine der großen europäischen Fragen zur Erörterung gelangt ist. Nur die russische Frage wurde gestreift und auch diese nur oberflächlich. Kaiser Wilhelm soll sich geäußert haben, er beabsichtige neue Unruhen in der Türkei. Das Gespräch hatte aber sonst keine politische Bedeutung, und die ganze Begegnung war eine einfache Höflichkeitsszene. Ausdrücklich bemerkt der Korrespondent, daß es Russland bedeutet, welches jedes Eingehen auf politische Gespräche ablehnte. Die Personen, die der Entzweiung bewohnten, seien über die Haltung des Kaisers frappiert gewesen. Der Kaiser sei nicht derselbe Mann von früher. Man habe den Eindruck gehabt, daß er fortwährend bedacht gewesen sei,

nichts zu sagen, was zu irgend einer sensationellen Auslegung Anlaß geben könnte. Man wollte darin eine Wirkung der Verfassungsgebahren vom November vorigen Jahres sehen. Kaiser Wilhelm, der seinen Trakt in französischer Sprache ablas, schien jedes Wort mit Vorsicht gewählt zu haben. Auf ausdrückliches Verlangen Rußlands hat der Kaiser in seinem Trakt die Worte eingefügt: „Ich trinke auf das Wohlergehen des russischen Reiches in den Bahnen, die ihm die hohe Weisheit Ew. Majestät vorgezeichnet hat.“ Ursprünglich lautete der Text nur: „Ich trinke auf die Gesundheit Ew. Majestät und das Wohlergehen des russischen Reiches.“ Die erwähnte Abtaste war, zum Bemerken, auf ausdrücklichen Wunsch Rußlands hinzugefügt worden, um allen Gerüchten, daß Kaiser Wilhelm dem zerküßten rassistischen Maßstab gebe, jede Begründung zu nehmen.

## Streikkravalle in Kiel.

Wie dem „S. L.“ aus Kiel gemeldet wird, ist es dort zu neuen Streikkravallen gekommen. Zwischen den seit drei Wochen streikenden Arbeitern der städtischen Eimerabzug- und Straßenreinigung und den von auswärts hinzugezogenen Arbeitswilligen kam es in der letzten Nacht zu einem furchtbaren Kravall. Einige Trupps von Arbeitswilligen, die in der Stadt gewesen waren und sich auf dem Heimwege in die städtischen Gebäude besaßen, in denen sie untergebracht sind, wurden von Streikenden, denen sich andere Personen angeschlossen hatten, überfallen. Sie wurden zu Boden geworfen, mit Füßen getreten, mit Stöcken geschlagen und mit Messern gekohet. Zu ihrer Verteilung schlossen die Arbeitswilligen mit Revolvern in die Menge hinein. Bald wurden auf beiden Seiten scharfe und blinde Schüsse gewechselt. Frauen und Kinder und viele hunderte Menschen, die sich angelamelt hatten, flohen entsetzt. Drei Frauen wurden durch Schüsse schwer verletzt. Mehr Arbeiter erhielten schwere Stiche und Schußwunden. Die Volkseigenschaft mit der blauen Waffe gegen die Menge vor und nahm vier Personen fest, in deren Besitz sie Revolver fand. Zur Verstärkung der Kieler Volkseigenschaft hatte der Polizeipräsident vierzig Berliner Schützen erbeten, die noch im Laufe des Tages eintrafen.

## Unzug mit Bismarck-Worten.

L. C. Mit Bismarck-Worten werfen die Antifemiten und Christlich-Sozialen gern um sich, um den Liberalismus zu diskreditieren. Hier wieder ein Beispiel dieser bedenklichen Kampfmethode! Das „Reich“ schreibt:

„In ernsten Zeiten zwei Bismarckworte aus den Liberalismus. Eines Wort: „In unseren Fraktionen ist der eigentliche Krisisfallpunkt nicht ein Programm, sondern eine Person, ein parlamentarischer Condottiere.“ Sind nicht Bismarck, Dr. Weber, Mommsen und Cuno solch parlamentarische Condottiere?

Zweites Wort: Mir ist der Eindruck verblieben, daß jene unserer Fraktionen ihre Politik betrieb, als ob sie allein da sei, ohne Rücksicht auf das Ganze und auf das Ausland.“ Im Kampfe um die Kotierungen und Erbanfallsteuer - vertritt nicht etwa der Liberalismus da die Interessen des Großkapitals in Handel, Industrie und Verkehr, ohne Rücksicht auf Mittelstand und Arbeiterklasse?

Diese „Aussagenwendungen“ auf die Liberalen sind von geradezu abgemessener Torheit. Mit viel mehr Zug könnte man - wenn einem überhaupt danach geläufige - beide Bismarck-Worte auf die Rechte zuipfen. Sie treibt einseitige Interessenpolitik für die Leute vom großen Landbesitz, und bei ihnen sind Männer, die tatsächlich mit den alten Condottiere unendlich viel gemein haben. Wir wollen aber Namen nicht nennen, jeder nennt sie sich wohl selbst. Einen Bismarck, Weber, Mommsen und Cuno aber so zu nennen, - das ist zu dummt, als daß man darüber auch nur lächeln könnte!

## Allgemeine Mitteilungen.

In Braunschweig ist gestern der Landgerichtspräsident a. D. Dr. jur. Adolf Debeding im 80. Lebensjahre gestorben. Er ist weitest bekannt geworden durch sein entschlossenes Eintreten für die Ansprüche des Herzogs von Cumberland und durch seine Stellungnahme gegenüber der von der braunschweigischen Regierung gegebenen authentischen Interpretation des Regentensatzes, wodurch er sich ein Disziplinarverfahren zuzog, das mit einem Verweis für ihn endete.

## Deutscher Reichstag.

270. Sitzung vom Freitag, den 25. Juni.

Am, Tische des Bundesrats: Spdnw.  
Das Haus ist stark besetzt.

## Die Finanzreform.

(9. Tag.)

Zweite Lesung: Der Immobilien-Umsatzstempel.

Berichtshatter Graf Westarp (konf.) macht kurze Mitteilungen über den Verlauf der Kommissionserhandlungen: Es handelt sich um den Erlagstempel der Regierung, zu dessen Gunsten der frühere Beschluß der Kommissionserhebung zurückgezogen ist. Die Kommission hat, in der Hauptsache in Anlehnung an ihre früheren Beschlüsse, den von der Regierung vorgeschlagenen eindrucksvollen Stempel auf einhalb Proz. erhöht, unter Freilassung der kleinen Umzüge bei

bedeuten Grundstücken bis zu 20 000 Mark, bei unbauten bis zu 5000 Mark, mit gewissen Vorbehalten; ferner einen halbpromzentigen Stempel auf Fideikommissen, der in 30jährigen Verboten zu erlöschen ist und in eine Zinsgrenze umgewandelt werden kann.

Vizepräsident Dr. Padine teilt mit, daß ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen ist.

### Abg. Bassermann (nl):

Ich will an dieser Stelle eine kurze Erklärung abgeben, und zwar, damit wir nicht genötigt sind, über jeden einzelnen Punkt unserer gemeinsamen Standpunkt darzulegen. Die Erbschaftsteuer ist in der gestrigen Abstimmung erlassen worden und das Begründungserklärungen der dritten Lesung ist ihr vorzuziehen. Diese gestrige Entscheidung ist von Bedeutung für die Behandlung der Frage, die namentlich hier zur Beratung kommen werden. Die Entscheidung ist ja um so bedeutungsvoller angesichts der Erklärungen des Reichsanwalts vom 30. März und vom 16. Juni, in denen er darlegt, daß die verbündeten Regierungen an der Erbschaftsteuer festhalten und übereinstimmend sind, daß nur in dieser allgemeinen Erbschaftsteuer gefunden werden kann. Eine ähnliche Erklärung haben andere Regierungen abgegeben, und besonders bedeutungsvoll ist eine Erklärung des Staatssekretärs des Reichsjustizministeriums, der in der Sitzung der Finanzkommission vom 29. April ausdrücklich als Meinung der verbündeten Regierungen ausgesprochen hat, daß die Erbschaftsteuer ein wesentlicher und unentbehrlicher Teil der Reichsfinanzreform ist, „ohne welche eine solche wieder zustande kommen kann noch zustande kommen wird“. (Hört, hört links.) Nun, wir sind uns darüber klar, daß die verbündeten Regierungen und diejenigen Parteien, die sich im großen ganzen auf das Programm der verbündeten Regierungen gestellt haben, das auf der einen Seite diese großen Konsumsteuern und auf der anderen Seite diese allgemeine Erbschaftsteuer umfassen, getrennt eine schwere Niederlage erlitten haben, und daß das Zentrum getrennt dem Reichsanwalt die Zustimmung für die Desamortisierung erteilt hat. Die neue Mehrheit, Zentrum, Polen und Konservern, ist ja namentlich in der Lage, auf Grund des Stimmverhältnisses, das getrennt klar in der Erscheinung getreten ist, die Reichsfinanzreform so auszugestalten, wie es ihren Wünschen entspricht. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden diesen Siegesslauf nicht hemmen, dazu fehlt uns ja auch die Macht; und wir werden auch in keiner Weise zur Verzögerung der sich namentlich abspielenden Verhandlung der Einzelgesetze beitragen. Daran haben wir kein Interesse, das wollen wir nicht. Wir müssen uns natürlich da, wo es uns angeht, erheben, Änderungsanträge zu einzelnen Paragraphen vorzubringen, desgleichen die Beteiligung an der Diskussion, um Kritik an den Vorarbeiten zu üben. Wir, die nationalliberale Fraktion, stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß wir bereit sind, 100 Millionen indirekter Steuern zu bewilligen, darunter 250 Millionen aus Branntwein, Bier und Tabak. Wir sind im übrigen, wie wiederholt in der Kommission schon ausgesprochen worden ist, gern bereit, aus einer besonderen Heranziehung des mobilen Kapitals zuzustimmen, und wir werden Ihnen insoweit auch hier bei diesem Gesetz einen Änderungsantrag unterbreiten, der sogleich gedruckt verteilt werden wird, einen Fraktionsantrag, der die Besteuerung der Dividenden, die Einführung einer Kapitalerbschaftsteuer, vorschlägt.

Diese Bereitwilligkeit bezüglich der indirekten Steuern und der Heranziehung des mobilen Kapitals ist natürlich immer dadurch bedingt, daß eine allgemeine Erbschaftsteuer eingeführt wird. Ich kann also namens der Fraktion auch heute wieder erklären, daß unsere Zustimmung zur Finanzreform und ihren einzelnen Teilen abhängig gemacht wird von der Bewilligung und Einführung einer allgemeinen Erbschaftsteuer. Diese Voraussetzung ist nach Ablehnung unseres Antrages auf Einführung einer Reichsvermögenssteuer und der gestrigen Ablehnung der Erbschaftsteuer nicht mehr vorhanden. Wir sind daher unterwirft nicht mehr in der Lage, diese Finanzreform, wie sie uns die Mehrheit vorschlägt, zu akzeptieren und werden sie sowohl wie ihre einzelnen Teile ablehnen. (Beifall links.)

### Abg. Dr. Wiemer (frs. Vpt.):

Ich habe ebenfalls eine Erklärung abzugeben. Die freisinnige Fraktionsgemeinschaft hat, überzeugt von der Notwendigkeit einer gründlichen Ordnung der Reichsfinanzen, sich von Anfang an zu positiver Mitarbeit bereit erklärt. Sie hat aber als unabwendbare Voraussetzung für die Zustimmung zu den indirekten Steuern die gleichzeitige Heranziehung der tragfähigen Schultern durch eine angemessene und gleichmäßig wirkende Belastung des Vermögens bezeichnet. Dieser schon in der ersten Lesung abgegebenen Erklärung hat unsere bisherige Haltung in der Kommission, wie im Plenum entsprechen. Die Verhandlungen haben ergeben, daß im Rahmen der vorliegenden Finanzreform die Erbschaftsteuer als allein mögliche Form der Vermögensbelastung in Betracht kommt. In der gestrigen Sitzung ist der Ausbau der Erbschaftsteuer endgültig abgelehnt worden. Damit entfällt die Voraussetzung, von deren Erfüllung wir unsere positive Mitarbeit abhängig gemacht haben. Wir sehen uns daher gezwungen, gegen die weiteren Steuererhöhungen, die Verbrauch und Versteher betreffen, zu stimmen. Wir werden uns an den weiteren Beratungen beteiligen und bemüht sein, Verbesserungen in einzelnen durchzusetzen. Wir werden aber bei den entscheidenden Abstimmungen unsere Zustimmung zu den Vorlagen verweigern müssen. (Leb. Beifall links.)

### Abg. Dr. Spahn (Ztr.):

Sachlich habe ich den Erklärungen der Vorredner nichts hinzuzufügen. Ich muß aber den Ausdruck zurückgeben, den der Abg. Bassermann uns gegenüber gebraucht hat. Wir haben getrennt nicht Sache genommen. (Lachen links.) Wir haben gestern aus rein sachlichen Erwägungen gesprochen. (Großes Gelächter links.)

### Abg. Raab (wirtsch. Bgg.):

Ich habe gestern für die Erbschaftsteuer gestimmt und ich beabsichtige heute, gegen die Umfassende zu stimmen. Ich befinde mich also heute in der gleichen Lage wie die Abg. Bassermann und Dr. Wiemer. Die Gründe aber, die mich heute für die Ablehnung gegenüber diesem Gegenstande vorsetzen haben, sind ganz außerordentlich freier Natur. (Sehr richtig! rechts und Beifall links.) Ich bin davon überzeugt, daß man draußen in wasserlächelnden Kreisen das nicht verstehen wird. (Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Wir haben aus sachlichen Gründen gegenüber jedem einzelnen Teil der Finanzreform Stellung zu nehmen. Wir haben uns bis zu diesem Augenblicke bemüht, an einer Lösung der Frage mitzuarbeiten und werden das auch fortsetzen. Wie können Sie (nach links) von diesem Augenblicke an die Vorlage der Regierung bestempeln wollen, die Sie noch vor

wenigen Tagen selbst mit bearbeitet haben? (Widerspruch links.) Mit diesen Dingen werden Sie hoffentlich im Laufe draußen nicht viel Gutes sagen. Wir stimmen gegen die Besteuerung des Vermögens. Wir können uns nicht vor den Bedenken freimachen, daß eine solche Umfassende in hohem Maße landwirtschaftlich und Gewerbe belastet, und daß die Widerungen, die eingeleitet sind, können unsere Bedenken nicht aus dem Wege räumen.

### Abg. Dr. David (Soz.):

Ich könnte eine gleiche Erklärung abgeben wie die Nationalliberalen und Freisinnigen. Unsere Stellung ist aber klar, vor allen Dingen zu den indirekten Steuern. Ich brauche darüber kein Wort zu verlieren. Ich habe mich mit Worten gemeldet, um anzudeuten, daß die Regierung keine Erklärung abzugeben hat. (Wohlbekanntes Beifall und große Heiterkeit links.)

Damit ist die Angelegenheit beendet. Eine ähnliche Erklärung über die Umfassende findet nicht statt. Es erfolgt die namentliche Abstimmung über die Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Stempelzolls auf 1/2 Proz. Von 328 abstimmbaren Mitgliedern stimmen 174 für, 151 gegen den Kommissionsbeschluss, eine Stimmteilung. In einfachen Abstimmungen werden auch die Restbestimmungen der Kommissionsvorlage über den Immobilienumschlagstempel genehmigt.

### Der Wechselstempel.

#### Abg. v. Brodhagen (lonk):

erstattet Bericht über den Kommissionsbeschluss, betreffend die Erhöhung des Stempels für langlaufende Wechsel. Die Kommission hat die Stempelhöhung, die der Regierungsentwurf für alle länger als drei Monate laufenden Wechsel vorschlägt, auf die Wechsel mit mehr als sechs Monate Laufzeit beschränkt.

#### Schatzsekretär Spahn:

beweist darauf, daß diese Einschränkung den Regierungsvorschlag erwarteten Ertrag auf ein Minimum reduzieren werde.

#### Abg. Raempf (frs. Bgg.):

Dieser Stempel ist zwar wirtschaftlich und volkswirtschaftlich nicht unerträglich, aber er erhöht doch den kleinen und mittleren Verkehr und wird als Gegenleistung, sage und schreie, nur 300 000 Mark bringen.

#### Abg. Graf Mielczewski (Soz):

erklärt auch für seine Parteifreunde die Ablehnung dieses Stempels, im Hinblick auf die durch ihn eintretende Belastung des Verkehrs der Ein- und Verkaufsgesellschaften.

#### Abg. Dr. Weber (ntl):

bezeichnet diesen Grund als zureichend und lehnt gleichfalls die Stempelhöhung ab. Man würde gerade die kleinen Wechsel belasten, da die großen in der Regel eine kürzere Umlaufzeit haben, und den ungeliebten Wechselumlauf werde man doch nicht verhindern.

#### Abg. Frhr. v. Camp (Rp):

ist entgegengelegter Ansicht. Er beirretet es, daß der kleine Wechsel gerade der langfristige sei. Der kleine Wechsel habe in der Regel eine Laufzeit von ein bis zwei Monaten, während gerade die langfristigen auf höhere Beträge lauten, und diese werden von wohlhabenden Leuten gegeben; sie dienen als Kautelen bei den Behörden usw. Der Redner erklärt für die zweite Lesung die Zustimmung seiner Freunde zu den Kommissionsbeschlüssen, da es im Augenblick schwierig sei, Änderungsanträge einzubringen. Es würde genügen, wenn man die Drei- bis Viermonatswechsel freilasse. Der Staatssekretär habe heute morgen in der Kommission sehr richtig gesagt, wir dürfen uns den Luxus der Ablehnung von neuen Steuern nicht mehr erlauben.

#### Abg. Singer (Soz):

lehnt die Vorlage ab als Verkehrssteuer schlimmer Art. Die Kommissionsvorlage wird angenommen.

### Der Kaffee- und Teezoll.

#### Abg. Dr. Köhde (lonk):

erstattet den Bericht über den Kommissionsbeschluss. Es handelt sich um einen Initiativantrag der Konservern, der von der Kommissionsmehrheit zum Beschluss erhoben ist. Der Zoll auf rohen Kaffee wird von 40 auf 60 Mark erhöht, für gebrannten, gerösteten und gemahlene Kaffee auf 80 Mark, der Teezoll von 25 Mark auf 100 Mark für den Doppeltariff.

#### Abg. Dr. Padine (frs. Bgg.):

bestreift die Zollhöhung. Es handelt sich hier nicht um Besteuerung der Leistungsfähigkeit, sondern eines Verkehrsaktes ohne Rücksicht auf Gewinn oder Verlust, um die Besteuerung eines der wichtigsten Konsum- und Handelsartikel. Nicht einmal der gewöhnlich schädliche Zolltariff von 1902 hat hier eine Zollhöhung in Aussicht genommen. Belastet man einseitig den Kaffee, so tritt eine Verleibung zugunsten der Surrogate ein; weiter wird die erfreuliche Entwicklung zum Erfolg des Alkohols durch Kaffee gehindert. Professor Gehring hat auf der Verammlung des Vereins für Sozialpolitik sogar die Beseitigung des Kaffeezolls verlangt. Von allen diesen Erwägungen war in der Kommission gar nicht die Rede. Die Behandlung des Kaffeezolls bleibt offen. Auch dieses Gesetz ist in leichtmöglicher Weise gemacht worden. Man hat willkürlich ein paar Zahlen genommen, ohne sich über die Wirkung des Zolls klar zu werden. Auch an Druckfehlern fehlt's nicht.

#### Abg. Dr. Köhde (lonk):

Die Wirkung des Zolls ist natürlich in Betracht gezogen worden. Herr Padine hat den Kommissionsbericht nicht aufmerksam genug gelesen. Jedenfalls freuen wir uns über die Mitarbeit der Vinten. (Lachen links.) Wenn Herr Padine hier den Korrekturen spielt, der nach Druckfehlern sucht, so ist das seine Sache. (Heiterkeit rechts.)

#### Abg. Wollenbutz (Soz):

Wieder sollen die Armen und Vermitteln belastet werden, damit die Reichen frei bleiben. Dieser Zoll richtet sich geradezu gegen den Familieninn. (Heiterkeit.) Aber Sie nehmen freilich nur Ihren besonderen agrarischen Familieninn, der sich als ein Portemonnaie charakterisiert, in Schutz. Sie wollen den Alkoholgenuss steigern, damit Sie aus dem Branntwein noch mehr heraus schlagen. (Lachen rechts und im Zentr.) Also wieder eine Liebesgabe.

#### Abg. Dr. Spahn (Ztr):

nimmt Bezug auf eine Äußerung des Schatzsekretärs aus der Kommission, wonach eine Anhebung auf Erhöhung des Kaffeezolls von freisinniger Seite gekommen sei. Der Bundesratsvertreter habe in der Kommission auch erklärt, es sei nicht anzunehmen, daß die Erhöhung des Kaffeezolls eine Erhöhung des Inlandspreises zur Folge haben werde. Dieser Ansicht seien auch seine politischen Freunde.

#### Abg. Frhr. v. Camp (Rp):

schließt sich dieser Auffassung an. So richtig, wie Herr Padine es darstellt, sind die Verhandlungen der Kommission nicht gewesen. Und was den Teezoll anlangt, so wünschen die Interessenten selbst eine Erhöhung; Herr Hermann hat solche Schreiben in der Hand.

Weber die Kaffeezollfrage ist auch in der Kommission verhandelt worden; eine Steuererhöhung kann da ins Auge gefaßt werden. Der Redner nimmt darauf Bezug, daß einmal bei einer Kaffeeerhöhung ein Tollen Kaffee, er glaube, argentinischer, ins Meer geworfen sei, um den Preis zu halten.

#### Abg. Dr. Semler (ntl):

erklärt, er sei gegen die Aufhebung des Abg. Spahn, daß Tee für die große Masse der Bevölkerung nicht in Betracht komme. In seinem öffentlichen Wahlkreis werde überall Tee getrunken, auch in den ärmsten Kreisen; dort sei er geradezu ein Nahrungsmittel. Der Vorwurf, seine Partei arbeite nicht mit, seien leere Worte ohne jeden Inhalt. Die Preisstellung der Surrogate werde das finanzielle Ergebnis schwer beeinträchtigen. Er persönlich sei der Überzeugung, daß man mit dieser ganzen Gesetzgebung nichts weiter bewirke, als eine Prämie auf die Gier.

#### Abg. Gotshel (frs. Bgg):

äußert sein Erstaunen über die Mitteilung, daß die Anhebung zum Kaffeezoll von freisinniger Seite gekommen sei. (Schatzsekretär Spahn ruf: In einem Artikel der „Neuer-Zeitung“) Das ist ganz etwas anderes, wenn in einem Organ, das mit den Parteien in keiner Verbindung steht, eine solche Anhebung steht. Abg. Gotshel stellt einen Antrag, wonach bei Biererzeugnissen über Kaffee und Tee, die vor dem 1. Juni dieses Jahres im Inland geschloffen sind, der Verkäufer berechtigt sein soll, von dem Empfänger Ertrag des höheren Zollsaßes für nach dem Antragsreiter der Zollhöhung geleistete Ware zu beanspruchen.

#### Abg. Mollenbutz (Soz):

führt an der Hand statistischen Materials aus, daß der Zoll eine Wirkung auf Konsum und Preis habe.

#### Abg. Fegter (frs. Bgg):

Die Herren sollten einmal zu uns nach dem Nordwesten kommen. Gehen die Arbeiter morgens aufs Feld, so trinken sie bei uns nicht Kaffee, sondern Tee.

#### Ministerdirektor Rühl:

Die Besteuerung der Surrogate hat ihre Schwere wegen der zahlreichen Arten. Wenn aber aus dem Hause der Reichspartei laut wird, so werden selbstverständlich die verbündeten Regierungen in Erwägung ziehen, ob es möglich ist.

#### Abg. Dr. Köhde (lonk):

Der Kaffee zählt in anderen Ländern einen viel höheren Zollsaß als bei uns. Der Konsum steigt dauernd und wird auch durch die Zollhöhung nicht beeinträchtigt werden.

In namentlicher Abstimmung wird der grundlegende § 1, der die Erhöhung des Kaffeezolls festsetzt, mit 187 gegen 154 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Von derselben Mehrheit wird in einfacher Abstimmung der Teezoll genehmigt, ebenso die weiteren Bestimmungen des Entwurfs.

Der Antrag Gotshel wird nach anfänglich zweifelhafter Abstimmung angenommen. Dafür stimmen mit der gesamten Linken, die Polen, die Wirtschaftliche Bewegung und ein Teil der Reichspartei.

### Die Besteuerung der Beleuchtungsmittel.

Berichterstatter ist Abg. Dr. Köhde (lonk): Die Kommissionsmehrheit hat diese Steuer der ursprünglichen Regierungsvorlage über die Elektrizitätssteuer entnommen.

#### Abg. Weber (ntl):

(läßt eine Kiste mit Beleuchtungskörpern und elektrischen Birnen auf den Tisch des Hauses legen) Die Bundesrolle ist bei keinem Artikel so unangenehm, wie bei den Beleuchtungskörpern. Wie wollen Sie eine Bundesrolle schaffen für diesen großen und für diesen kleinen Beleuchtungskörper? (Redner zeigt solche vor.) Und wohin wollen Sie die Bundesrolle legen? Kleben Sie sie hier auf diese kleine Birne, so erfüllt die Lampe ihren Zweck nicht, und kleben Sie sie hier unten an die Birne, so kann dieser Teil mit der Bundesrolle abgegraben und bei der nächsten Lampe wieder kleben. Und müßte der Steuerbeamte kontrollieren können, wie viel Watt bei den Beleuchtungskörpern in Frage kommen. Er müßte also in der Elektroindustrie ausgeübt werden. Siemens u. Halske schicken jeden Tag 60 000 von diesen Glühlampen hinaus. Hundert Steuerbeamte müßten allein diese Glühlampen haben, um zu kontrollieren, wie viel Watt bei den einzelnen Glühlampen in Frage kommen. Große Fabriken haben auch sehr viel mit dem Auslande zu tun. Bei einer Fabrik gehen 90 Proz. dieser Lampen ins Ausland. Der Steuerbeamte müßte bei jeder Exportierung in der Fabrik sitzen, um der Fabrik die Möglichkeit zu verschaffen, daß sie die unniß veranlasste Steuer wiederbekommt. Wie soll es gehalten werden mit Steuerfragen an die Kriegsmarine, an unsere Handelsflotte? Der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-America-Linie werden nicht mehr bundesrolle Glühlampen auf Deutschland kaufen, sondern aus England unbanderolte deutsche Glühlampen, die in England ohne Bundesrolle billiger sind als bei uns mit Bundesrolle. Derartige Gesetze können keine politischen Freunde nicht zustimmen. Redner trägt weiter eine Reihe von technischen Gedanken gegen die Steuer vor und beantragt, die Kohlenlampen zur Hälfte des Satzes wie die Metalllampen zu besteuern und die Kohlenlätze durchgehend mit 60 Proz. zu besteuern.

#### Staatssekretär des Reichsjustizministeriums Spahn:

Die Kommissionsvorlage ist etwas wesentlich anderes als der zweite Teil der ursprünglichen Vorlage der verbündeten Regierungen über die Besteuerung von Elektrizität und Gas. Ich stehe noch fest auf dem Standpunkt, daß der Entwurf der Regierung das Richtige traf, schon aus dem Grunde, weil bei einer Besteuerung des Petroleums das doch in weitaus überwiegendem Maße das Beleuchtungsmittel der Armen ist, die elektrische Beleuchtung nicht unüberwindlich bleiben kann. Dr. Weber hat es so dargestellt, als ob für jeden Steuerträger die Bundesrolle unangenehm wäre. Auf Grund des § 7 des Gesetzes hat aber der Bundesrat im Falle des nachgewiesenen Bedürfnisses die Berechtigung, die Besteuerung steuerpflichtiger Beleuchtungsmittel unter Befreiung vom Veräußerungszug und nach der Vermendung von Steuerzinsen zu gestalten. (Hört! Hört! rechts.) Diese Vorschriften würde man selbstverständlich auf die großen Beleuchtungskörper anwenden. Der Vorredner hat dann Bedenken geäußert, daß die Zahl der Steuerbeamten, die in einer einzigen Fabrik zur Ausübung der Kontrolle erforderlich wären, außerordentlich groß sein würde. Der Unternehmer hat aber in seinem eigenen Interesse die Wahrung anzugeben und er hat das größte Interesse daran, eine richtige Beziehung an den Metallteilen der Lampen anzubringen. Einer anderen Regelung der Besteuerung der Elektrizität haben wir nicht. Die Regierung freundlich gegenüber. Sie ist bis zur dritten Lesung die Sache rechtlich prüfen, um den Ausfall von 4 Millionen zu verhindern.

#### Abg. Müller-Meinungen (frs. Bgg):

begründet den ablehnenden Standpunkt seiner politischen Freunde. Ich möchte das mittelstandsfreundliche Element hervorheben, das in diesem ganzen Gesetzentwurf zugrunde liegt. Sie sagt in den Plänen dieser ganzen Städte in die Städte der Welt. Sie ist eine Entschloßung des ganzen Städtekrieges, der hier geführt wird. (Leb. Zustimmung links.) Wir sehen diese Steuer als futur- und mittelstandsfreundlich ab.

Abg. Seering (Soz.):

Auch wir machen den Sprung ins Dunkle nicht mit. Denn gerade die Arbeiter werden von dieser Lichtsteuer betroffen, weil sie in vielen Betrieben selbst für Beleuchtung sorgen müssen.

Abg. Graf Weharp (lonk.)

lehnt den Antrag Weber ab.

Ministerialdirektor Kühn

hält die geäußerten Bedenken für nicht höchsthaltig.

Abg. Bruhn (Resp.)

erklärt sich gegen die Steuer und für den Antrag Weber.

Abg. Dr. Weber (ntl.):

Die Steuer macht eine besondere Durchführung zur Kontrolle notwendig. Dadurch werden die Betriebe außerordentlich belastet. In namentlicher Abstimmung wird § 1 des Gültigkeitsgesetzes mit 185 gegen 16 Stimmen angenommen bei 2 Stimmenhaltungen. Der Antrag Weber wird abgelehnt.

Nach Erledigung dieser Steuervorlage beramt der Präsident das Haus am Mittwoch 1 Uhr: Interpellation der Sozialdemokraten betr. Lebensmittelverteilung und Getreidezoll.

Abg. Seering (Soz.):

Man kann zweifelhaft sein, ob eine derartige Verhandlung zweckmäßig ist, bevor der Reichstag seine Erklärungen über die gegenwärtige Lage abgegeben hat. Wir sind der Meinung, daß das so schnell wie möglich geschehen soll. Um ihm dazu Gelegenheit zu geben, beantrage ich, die Sitzung schon morgen abzuhalten. Es wird abgelehnt, der Antrag wird gegen die Linke abgelehnt.

Nächste Sitzung: Mittwoch, Schluß 7 Uhr.

## Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

100. Sitzung vom 25. Juni.

Am Ministertisch: Bieleke, Kommissare.

Präsident v. Kroeger eröffnet die Sitzung.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung des vom Herrenhaus abgeordneten

### Beamtenhaftpflichtgesetzes.

Das Herrenhaus hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses insofern abgeändert, als es die Haftpflicht für Amtspflichtverletzungen von Lehrern und Lehrerinnen nicht den Schulverbänden, sondern dem Staate auferlegt. Es liegt ein Kompromißantrag aller bürgerlichen Parteien vor, die Lehrer überhaupt aus dem Gesetz herauszulassen und den von ihnen handelnden § 5 zu streichen. Die Abg. Boehmer (lonk.), Reinhard (Zentr.) und Weiskopf (ntl.) erklären sich für den Kompromißantrag.

Abg. Frhr. v. Jeditz (ffl.)

schließt sich den Vorrednern an. Die Regierung sollte aber bald die Initiative zu einer nachträglichen Regelung der Frage der Haftpflicht der Lehrer ergreifen. Zur die Regierung das nicht, so werde ich mit Unterstützung meiner Freunde noch in der nächsten Session einen entsprechenden Gesetzentwurf selbst einbringen.

Zustizminister Dr. Bieleke

erklärt, daß Verhandlungen mit den maßgebenden Führern im Herrenhaus ergeben hätten, daß das Herrenhaus von seinem Standpunkt nicht abgehen werde, daß andererseits die Regierung diesen Standpunkt nicht akzeptieren könne. Sie begründet deshalb den vorliegenden Kompromißantrag, wenn sie auch bedauert, daß dadurch eine Lücke in die Regelung der Materie kommt. Um allen Zweifeln zu begegnen, wolle er feststellen, daß es, wenn der vorliegenden Kompromißantrag Gesetz wird, in bezug auf die Lehrer bei dem jetzigen Zustand bleibt.

Abg. Cassel (fr. Sp.)

tritt ebenfalls für den Kompromißantrag ein, um das Zustandekommen des Gesetzes nicht zu gefährden. Prinzipiell sei zu bedauern, daß die Regierung überhaupt einen Unterschied zwischen Beamten und Lehrern macht.

Abg. Peltajohn (fr. Sp.)

schließt sich dem Vorredner an. Bei der Abstimmung wird § 5 gemäß dem Kompromißantrag gestrichen, und das Gesetz in der Gesamtbestimmung mit vieler Änderung angenommen.

Die Ermächtigung zur traugerichtlichen Verfolgung der Reklamator Gebold und Dahl in Erfurt wegen Verleumdung des Hauses wird nach dem Kommissionsantrag verjagt. Es folgen

### Petitionen.

Eine Petition des Magistrats zu Schöneberg fordert Maßnahmen zur Erhaltung des Grunewalds. Die Agrarkommission beantragt, mit Rücksicht auf die Verhandlungen des Hauses vom 13. März Uebertragung zur Tagesordnung.

Abg. v. Pappenheim (lonk.)

beantragt Ablehnung der Petition. Zugleich wünscht er Ablehnung eines Antrages Gottschalk (ntl.), betr. die gesetzliche Regelung der Dauer der Schulspflicht.

Die Abg. Wallenborn (Ztr.), Cassel (fr. Sp.) und Frhr. v. Jeditz (ffl.) stimmen mit Rücksicht auf die Geschäftsliste dem Frhr. v. Pappenheim zu. Beide Petitionen werden abgelehnt.

Ueber eine Petition wegen Neuordnung der studentischen Rechtsverhältnisse beantragt die Unterrichtscommission zur Tagesordnung überzugehen. Diefem Antrag wird nach längerer Debatte entsprochen, nachdem ein Antrag Dr. Fleck (fr. Sp.) auf Ueberweisung zur Ermüdung und ein Antrag Weimert (Soz.) auf Ueberweisung zur Berücksichtigung abgelehnt worden waren.

Eine Petition um Gleichstellung der Seminar-Präparandenanfallener mit den Lehrern an Königl. Präparandenanstalten wird als Material überwiesen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Abg. Frhr. v. Jeditz (ffl.)

spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für seine unparteiliche Geschäftsführung aus. (Bravo!)

Präsident v. Kroeger

bittet, diese Dankesentwörung auch auf die Vizepräsidenten und Schriftführer beziehen zu dürfen, und dankt in deren Namen. Der Präsident teilt weiter mit, daß die gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser nachmittags 5 Uhr stattfinden werde, und schließt die Sitzung mit dem üblichen Schluß auf den König. Bei den ersten Worten des Präsidenten verläßt Abg. Dr. Dieblich (Soz.) den höflichen Heiterkeit fluchtartig den Saal.

Schluß 2 Uhr.

## Herrenhaus.

18. Sitzung, Freitag, den 25. Juni.

Am Ministertisch: Frhr. von Rheinbaben.

Präsident Frhr. von Mantuffel eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 50 Min.

### Das Stempelsteuergesetz.

Das Abgeordnetenhaus hat den Stempel für Automaten- und Musikwerke, für Mietsverträge und Jagdpachtverträge herabgesetzt.

Graf von Reichenbach-Goldkühn empfiehlt die Fassung des Abgeordnetenhauses zur Annahme. Allerdings würde der Automatenstempel 15 000 M. weniger bringen, der Mietsstempel 70 000 M. weniger, ebenso der Jagdpachtstempel 25 000 M. weniger; die Luxuswohnungen dagegen 20 000 M. mehr. Es handle sich also um einen Ausfall von 90 000 M. Aber wegen dieser Summe dürfe die Verabschiedung des Gesetzes nicht aufgegeben werden.

von Aufg.:

Ich lese in den Veränderungen des Abgeordnetenhauses keine Verbesserung. Retriert sind die Beschlüsse überhaupt nicht. Es macht fast den Eindruck, als ob die Verringerung nur vorgenommen hat, um überhaupt etwas zu ändern. (Sehr richtig!) Sollen wir nun den Konflikt gegen Regierung und Abgeordnetenhauses aufnehmen? Keiner wird schlechter behandelt als der, der sich alles gefallen läßt. (Sehr richtig!) Schließlich ist die Differenz aber zu unbedeutend, als daß wir deswegen die Vorlage zurückziehen sollten. Es genügt, wenn wir klar und deutlich aussprechen, daß wir das Verhalten des Abgeordnetenhauses nicht billigen. (Sehr richtig!) Wir werden sehen, ob das Abgeordnetehaus auf dem eingeschlagenen Wege weiter schreitet. Sollte das der Fall sein, so werden wir energisch betonen, daß wir dieselben Rechte beanspruchen, wie der andere Faktor der Gesetzgebung. (Beifall.)

Kanzlerminister Frhr. v. Rheinbaben:

Ich habe mich keineswegs mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses einverstanden erklärt. Ich habe sogar die Beschlüsse des Herrenhauses, die ich für sehr glänzend hielt, im Abgeordnetehaus nachdrücklich vertreten. Schließlich aber sind die Differenzpunkte nur gering. Anerkennung muß auch werden, daß das Abgeordnetehaus sich in sehr wichtigen Punkten den Beschlüssen des Herrenhauses angeschlossen hat. Es hat den Jagdpachtstempel fallen lassen und den Ertrag aus dem Jagdpachtstempel erheblich gesteigert.

Frhr. v. Bismarck:

In dem Gesetz kommt eine mißverständliche Sozialpolitik des Abgeordnetenhauses wieder einmal zum Vorschein. Warum werden die bürgerlichen Jagdpächter benachteiligt. Die Gesetzgebung soll doch dahin gehen, die Gesamtheit eines Volkes zu fördern und zu den Lasten des Staates heranzuziehen, aber nicht einzelne Bevölkerungsstufen zu bevorzugen. Die Bevorzugung der bürgerlichen Jagdpächter ist nur Stimmensache und Populärtheaterspielerei. Eine wohl überlegte Sozialpolitik ist das nicht. Das ist genau so, wie wenn man Kindern fortwährend Süßigkeiten gibt, bis sie sich den Magen verderben.

Oberbürgermeister Ehlers-Danzig:

Im Namen meiner Fraktion kann ich erklären, daß wir die Anschauungen des Herrn v. Bismarck über das Verhalten des Herrenhauses durchaus teilen. Der vorliegende Fall ist typisch für die ganze Stellung, die unserem Hause im Abgeordnetehaus zugemutet wird. Man will uns dieselbe Stellung geben, die die junge Ehefrau ihrem Gatten zumute, als sie erklärt: Wenn wir derselben Meinung sind, sollst du Recht haben, ich aber verfolge deiner Meinung, dann habe ich Recht. (Heiterkeit.) Auch in der Presse ist schon auf das Verhalten des Abgeordnetenhauses hingewiesen worden und betont worden, daß wir schließlich nach dem Grundbilde handeln: der Klügere gibt nach. (Heiterkeit.) Wir haben nun leichtsinnigerweise verächtlich den Versuch gemacht, Regierungsorganen wiederherzustellen (Heiterkeit), das ist uns nicht sehr gut bekommen. Denn das Abgeordnetehaus legt Wert darauf, daß die endgültige Fassung der Gesetze von ihm vorgenommen wird. Auf die Dauer kann das so nicht weiter gehen, wenn wir einmal ein Zweikammersystem haben, so darf man es den Mitgliedern des Herrenhauses nicht verheimlichen, wenn sie nicht Nutzen sein wollen. Was die sachliche unparteiliche Behandlung der Dinge anbelangt, so steht das Herrenhaus keineswegs hinter dem Reichstage, die dem Abgeordnetehaus jurid. (Beifall.) Wenn z. B. die Reichsfinanzreform vom Herrenhaus zu machen wäre (Seiterkeit), so würde sie jedenfalls schneller zustande kommen und schließlich auch nicht schlechter werden, als sie jetzt werden wird. (Heiterkeit und Beifall.) Man scheint der Meinung geworden zu sein, daß das Herrenhaus von dem vornehmsten Ton, durch den es bekannt ist, abgeht, wenn es anderer Meinung ist als das Abgeordnetehaus. Es würde mir leid tun, wenn die Herzen im anderen Hause in meinen Worten etwas Verleidendes finden sollten. Jedenfalls haben wir im Herrenhaus zweifellos die Pflicht, den vornehmsten Ton in jeder Hinsicht aufrecht zu erhalten. Das kann aber nicht in der Weise geschehen, daß wir zu allen Beschlüssen und Annahmen des Abgeordnetenhauses einfach sagen: Das ist mit dem größten Vergnügen. (Beifall.) Die Diskussion schließt. Das Gesetz wird in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert angenommen.

Vizepräsident Dr. Becker

teilt mit, daß vom Abgeordnetehaus jedoch das Beamtenhaftpflichtgesetz zurückgenommen sei. Der Paragraph, der sich auf die Elementarlehrer bezieht, ist gestrichen worden. Da in Aussicht genommen ist, heute den Landtag zu schließen, müsse das Gesetz noch auf die Tagesordnung gesetzt werden, das könne aber nur geschehen, wenn kein Widerspruch erfolge. (Widerspruch wird nicht erhoben.)

Der Gesetzentwurf über den Anlaß der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen an die Altersklassen der Volksschullehrer wird unverändert angenommen.

Es folgt die Beratung des vom Abgeordnetehaus abgeändernten Gesetzentwurfs über die Fassung des Staates bei

### Amtspflichtverletzungen von Beamten.

Als Berichterstatter empfiehlt Graf Behr die Annahme der Fassung des Abgeordnetenhauses.

Zustizminister Dr. Bieleke:

Die Staatsregierung hat die Fassung des Herrenhauses für unannehmbar erklärt, ist aber mit der Herauslösung der Lehrer aus dem Gesetzentwurf einverstanden. Es enthebt zwar eine Lücke, die Lücke wird sich aber ertragen lassen. Nach Auffassung der Regierung hat das Gesetz, falls es in der jetzt vorliegenden Fassung zustande kommt, auf die Lehrer keine Anwendung.

Oberbürgermeister Struemann-Hildesheim:

Ich bin gegen die vorgeschlagene Änderung. Es wird von den Lehrern als Zurücksetzung empfunden werden, wenn sie für den Vorlage herausgelassen werden, und wir geben ihnen hier

Grund zu berechtigter Unzufriedenheit. Ich wäre bereit, die Haftung auf die Gemeinden zu übernehmen, wenn es von dem Gesichtspunkt aus geschieht, daß die Lehrer nicht nur mittelbare Staatsbeamte, sondern auch Gemeindebeamte sind. Der Staat will das aber nicht. Hier wäre eine geeignete Gelegenheit, die alte Streitfrage einmal zum Austrag zu bringen.

Das Haus nimmt die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses an.

Schluß 2 Uhr 10 Min.

## Gemeinsame Schlußsitzung beider Häuser des Landtags.

Freitag, 25. Juni.

Um 5 Uhr versammeln sich die Mitglieder beider Kammern im Abgeordnetenhaus, um die Königliche Hofkapelle wegen des Schlusses der Session entgegenzunehmen. Kurz vor Beginn der Sitzung betritt das Staatsministerium unter Führung des Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck den Saal.

Präsident des Herrenhauses Frhr. v. Mantuffel eröffnet die Sitzung um 5 Uhr und erteilt das Wort dem Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Fürst Bismarck:

Ich habe beiden Häusern des Landtages eine Allerhöchste Hofkapelle mitgeteilt. Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen, haben auf Grund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde unseren Ministerpräsidenten Fürsten Bismarck beauftragt, die gegenwärtige Sitzung beider Häuser des Landtages unserer Monarchie am 25. Juni in unserem Namen zu schließen. Gegeben Kiel am Bord M. J. „Hohenzollern“ am 24. Juni 1909. gez. Wilhelm, Königl. Hoheit. Vom gelamten Staatsministerium. Ich habe die Ehre, dem Präsidenten die Urkunde zu übergeben. Auf Grund des mir erteilten Allerhöchsten Auftrages erkläre ich die Sitzung des Landtages für geschlossen.

Präsident Frhr. v. Mantuffel:

Ehe wir auseinandergehen, vereinen wir uns in dem Ruf: Unser allermüdigster Kaiser und König, Wilhelm II., König von Preußen, er lebe hoch!

Das Haus tritt dreimal in den Hofraum ein. Schluß 5 Uhr 5 Minuten.

## Ausland.

### Das Streikfever in Frankreich.

Renbahn, Theater und Spielplatz im Zeichen des Streiks. Alles an dem Straßburger Ausstand, der vor einigen Tagen unter großen Ausdehnungen stattfand, erweitert sich als höchst geheimnisvoll. Der Arbeiter, der Führer, der Redner ist ein gewisser Craissac, der im Begriff ist, dem „König“ Pataud, dem Führer der Elektriker, den Tagesruhm streitig zu machen.

Dieser Craissac hat nie das Geringste mit Pferden und Gassen zu tun gehabt. Er ist von Beruf ein Aufreißer, übte aber diesen Beruf längst nicht mehr aus. Jahreslang beschäftigte er sich damit, für das Verbot der Selbstwehr zu arbeiten. Man sah ihn in allen Zeitungsredaktionen, in den Senats- und Kammerwahlen, in den Vorzimmern der Parlamentarier. Er trug Notizen, Aufträge, Tabellen, Statistiken bei sich. Er schloß auf seinen Rundfahrten zu den Reaktionen und in die Kammern immer ein Bündel geläuteter armer Teufel hinter sich her, die er als Zeugen der Arbeit mit Weiergras vorführte. Man frage damals allgemein: woher nimmt Craissac das Geld? Das Geheimnis hielte sich auf, als man beobachtete, daß er sich nicht darauf beschränkte, das Weiergras zu betriegen, sondern daß er auch immer hinzuhielt: „Der einzige vollwertige Ertrag des Weiergrases ist das arbeitskräftige, wetterbeständige, harmlose Zinkweiß“, und als man feststellte, daß es in Frankreich nur eine ganz kleine Anzahl Zinkweißfabrikanten gab, die ein Kartell bildeten.

Seit der Annahme des Gesetzes, das das Weiergras verbietet, gibt es für Craissac nichts mehr auf diesem Gebiete zu tun. Man sah ihn jetzt als Mitglied des allgemeinen Arbeitsbundes den gewaschenen Eifer entwickeln und plötzlich begann er ein Stammgast aller Kempfplätze zu werden. Er fuhr in Autos, trank reichlich Sekt, wettezte, verlor, vertat eine Menne Gelbes und hütelte sich, einen Pinzel anzurühren. „Woher hast du's?“ fragten neugierige Kameraden. „Ich habe eine kleine Erbschaft gemacht“, erwiderte Craissac obenhin und sprach von etwas anderem.

Mit einem Mal erschien er als Gründer und Leiter der Stallung der Arbeiter und als Verantwortlicher ihres Ausstandes. Das Merkwürdige ist aber, daß man keinen Ausständigen entdecken kann. Die Straßburger, die in Millionen-Pfaffen, dem Ort der Penfalle ab, beteiligt zu sein und bekräftigen dies durch ihre Unterschrift. Wer waren die Störer zum letzten Sonntag? Keine Mäntlichkeit, die Hand auf sie zu legen. Wer steht hinter Craissac? Man weiß es nicht. Aber man vermutet es. Diesmal sind es keine Zinkweißfabrikanten, die ein Interesse haben, sein Treiben zu finanzieren, man darf die Interessenten aber in Penfalle zu erkennen suchen. Zwar führt Craissac das Vergnügen einer Klasse, in der der Anstaltler besonders stark vertreten sind, aber ein Teil dieser Klasse ist heldenmütig genug, die Politik über den Kennpfost zu stellen. Das tat ja auch der berühmte Baron Christiani, der mit dem Stock nach Herrn Dubets Gut ist.

Auf den Kennbahntrieb und den Ausstand des Balletts dürfte, wenn die Drohungen des Herrn Pataud sich bewahrheiten, ähnliche Ereignisse auf anderen Gebieten des Amülements folgen. Hierzu berichtet ein Telegramm:

Paris, 25. Juni. „König“ Pataud, der Führer der Elektriker, enthielt im „Matin“ inhaltlich einige seiner nächsten Pläne: „Was würden“ fragt er, die nervenunabhängigen Führer sagen, wenn in der Oper nicht nur das Ballett die Arbeit einstellte, sondern der Casino plötzlich Roulette und kleine Verden stillhielt, wenn zur selben Stunde in allen vornehmen Restaurants und Hotels den Gästen in ihren köstlichen Gerichten ein kräftiges Fischbrühe verabreicht würde? Das sind bloße Redeliche, sagen Sie? Nur Geduld! Alles zu seiner Zeit! Die Sache wird sich ereignen später!“

Revolution in Mexiko?

Wenn man den Nachrichten des „Daily Telegraph“ glauben darf, steht in Mexiko eine Revolution unmittelbar bevor. Die meisten benachbarten Stämme proklamieren...

Am Gegenitz hierzu lauten die Pariser Nachrichten aus Mexiko etwas günstiger. Am 20. Juni hat der Sultan...

Ueber die Haltung des Erlautes Abdul Aziz, der sich mit seinem Vater in seiner Villa in Tanger aufhält...

Halle und Umgebung.

Gasse a. S. 26. Juni Handwerkerhammer.

Der Gesellenauschuss hatte eine Resolution eingebracht, in der eine Einschränkung der Lehrlinge verlangt wird.

Es wird dann durch den Sekretär Boigt Bericht erstattet über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung.

Es wird dann die Entlassung des Vorstandes und Kassierers beantragt und genehmigt. Die Einnahmen des verflossenen Geschäftsjahres betragen 63.791,37 Mark.

Ferien-Kolonie.

Auch in diesem Jahre veranstaltet der Christliche Verein junger Männer für die Besucher seiner Knaben-Ferienkolonie. Das Ziel ist die Bekämpfung der Jugendverderben...

Ruber-Regatta bei Bad Neu-Ragocz.

Wie zu erwarten war, ist die Beteiligung an der am 11. Juli cr. bei Bad Neu-Ragocz stattfindenden Ruber-Regatta seitens auswärtiger Vereine wie im Vorjahre eine sehr rege.

Außer den drei hiesigen Verbänden, „Ruberklub Pelion“, „Halleischer Ruberverein“ und „Halleischer Ruberclub“ werden die Städte Berlin, Magdeburg, Leipzig, Breslau, Dresden, Weissenfels, Calbe, Bernburg, Merseburg, Weissenfels und Raguhn vertreten sein.

Berlin, Magdeburg und Leipzig behielten die Regatta mit je drei Vereinen. Es starten laut eingegangenen Meldungen 19 Vereine mit 72 Boaten und 350 Rudern.

Die Wettkämpfe verteilten sich auf sämtliche abendgeschiedenen 14 Rennen, und ist die Konkurrenz eine besonders große, so daß die hiesigen Verbände vereine ihr bestes Können einbringen müssen, damit der Halleische Ruberklub wie bisher seinen guten Platz behaupten kann.

Wie wir hören, haben der Protokoll der Regatta, Herr Regierungsrat Dr. von der Rede, wie auch Herr Generalstaatsanwalt Dr. von Bagenst. auch in diesem Jahre in dankenswerter Weise wiederum zwei wertvolle Ehrenpreise zur Verfügung gestellt.

Die Calvinfeier der Domgemeinde.

Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß die Domgemeinde den 40. Geburtstag Johannes Calvins durch eine Feier im Dom Sonntag, 11. Juli, mittags 11 1/2 Uhr, festlich begehen will.

Die La n g hält den Feiertag vor: „Was hat Calvin der Gegenwart zu sagen?“ Eine Choralkantate kommt in drei Abschnitten zur Aufführung; den Text hat Professor D. Zul. S m e n d - Straub nach Worten der Schrift zusammengestellt; in Musik gesetzt ist sie zu dem diesjährigen Gedächtnistage durch Hr. v. H i b e r a n d t, Schloßorganist in Stettin.

Kurz noch einen Dreier...

Ganters Roman „Doppelte Moral“, den er auch, wie erinnerlich, in Halle durch die bekannten Schwindelbriefe in Tausenden von Exemplaren abzugeben verfuhrte, hat ein eigenartiges Schicksal.

Von der Dresdener Lagerhaus-Gesellschaft vormals G. Thamm war jetzt in deren Votum auf der Kleinen Hofhoffstraße der durch die Briefstrolche zu berichtigt gewordene Roman in 9000 Exemplaren zur Versteigerung angeboten worden.

Dem Versteigerungsangebot nach käme das Buch, das mit sechs Mark verkauft werden sollte, auf drei Pfennige — und mehr als einen Dreier ist das Maßwerk ja auch nicht wert.

Der Heidaussatz des Kindergebetbüchchens der St. Ulrichsgemeinde (Kantor Richter) findet, wie schon gemeldet, heute, Sonnabend, nachmittag, statt.

Die Anhaltischen Kohlenwerke geben laut Inzerat unserer geistlichen Abendnummer 1400 neue Vorzugsaktien zu je 1000 Mark aus, mit der fortlaufenden Nummer von 1601 bis 3000. Die Höchsthöhe beträgt 6 Prozent.

Provincial-Nachrichten.

Unglück auf dem Truppenübungsplatz.

Uttengrabow, 24. Juni. Bei den geistlichen Übungen in der Nähe von Gleiwe fürzten zwei Kräftekräften des 46. Feld-Regts. vom Prospekt und wurden überfahren.

Professor Albracht †.

Naumburg, 25. Juni. Der Direktor des hiesigen Domgymnasiums, Professor Dr. Franz Albracht, ist gestorben. Er trat am 2. August 1892 an die Spitze der Schule.

(1) Schleibitz, 24. Juni. (Ein Stück des ländlichen Charakters) unserer Stadt ist abermals im Verschwinden begriffen: Der nordherrentlich. Der Teich, vornehmlich Feuerlöschzwecken dienend, wird vollständig zugeschüttet und auf seinem Platz wird das neue Feuerwehrt-Depot entstehen.

(2) Zeitz, 23. Juni. (Wie hoch flog Zeppelin?) Die Frage, in welcher Höhe das Zeppelins Luftschiff am 1. Pfingstfeiertag unsere Stadt überflog, ist nicht erörtert worden.

(3) Torgau, 25. Juni. (Der Sächsisch-Preussische Reiter- und Pionierregiment) veranfaßte am 4. Juli auf dem Lokmünger See sein diesjähriges Torgauer Pferderennen. Ein neues Rennen für Torgau ist eine Jagd mit Auslauf (4000 Meter).

(4) Dommitzsch, 24. Juni. (Ein alter Sünder) Wegen Eitzschreitensverbrechen, begangen an einem hiesigen Schulmädchen im Alter von 10 bis 11 Jahren, wurde heute der 70 Jahre alte Arbeiter und Anspanner Mathias Piffors in Rittergut Commende verurteilt.

(5) Auerbach, 25. Juni. (Die Kornhausgenossenschaft, G. m. b. H.) erzielte im Geschäftsjahr 1908/09 einen Umsatz von 337.715 Zentnern im Werte von 2.839.342 Mark. Das bedeutet einen Gewinn von 35.561 Mark. Die Mitgliederzahl beträgt 358.

(6) Wolmirstedt, 22. Juni. (Ein Fittis) richtete in Dölle im Hünerstalle des Grundbesizers Helmecke ein Blutbad an. Von 21 Hühnern mordete er 17 Stück.

(7) Weimar, 24. Juni. (Studium der deutschen Pienenzucht). Von der bairischen Regierung wurde Dr. Jacobson, Assistent am Landwirtschaftlichen Laboratorium in Kopenhagen, nach Weimar abgeordnet, um dort die Werkzeuge Pienenzucht zu studieren.

(8) Weitz, 25. Juni. (Einen schlimmen Ausgang) konnte heute nachmittag leicht ein Ausflug einer Peltauer Volksschule nehmen, indem zwei Mütter, welche ihre Kinder begleiteten, in den See des Parks fürzten und beinahe ertrunken wären.

(9) Dresden, 25. Juni. (A u b a u f d e r E i s e n b a h n.) Im Bahnhofsgebäude Dresden-Hofbahn kaufte ein Unbekannter dem Sanitätsrat Haupt aus Tharandt die Parthie für den Betrag von tausend Mark.

Unterhaltungsblatt.

Das Glück von Monte Carlo. Roman von Heinrich Lee. (Fort.) — Alte Freunde. Humoresk von Heinrich Lee. — Bunte Zeitung: Etwas vom Berliner Dialekt. — Beständig englischer Aristokraten.

Letzte Nachrichten.

Eine offiziöse Note an die Konservativen.

H. Berlin, 25. Juni. (Meldung von L. Ströhs Telegraphen-Bureau.) Offiziös wurde der konservativen Fraktion im Auftrag des Reichstages mitgeteilt, daß die Rotationssteuer, die Wählernachsteuer und die Kohlenausfuhrzollunannehmbar seien, weil sie Handel und Verkehr schädigten, die Industrie lähmten und die wirtschaftliche Stellung verschlechterten.

Das Programm des Reichstags.

H. Berlin, 25. Juni. (Meldung von Louis Ströhs Deputationsbureau.) Der Senatorenrat des Reichstages trat während der heutigen Plenarversammlung zusammen. Auf Wunsch der Konservativen und des Zentrums wurde beschlossen, den Sonnabend sittingsfrei zu lassen und mit Rücksicht auf den katholischen Feiertag am Dienstag auch den Montag. Am Mittwoch steht die Interpellation der Sozialdemokraten über die Lebensmittelverteuerung auf der Tagesordnung.

Ein türkisch-griechischer Zusammenstoß.

Saloniki, 25. Juni. Nach Blättermeldungen aus Verres haben dort die Griechen die türkische Flagge öffentlich geschimpft und haben sich darauf in die griechische Kirche geflüchtet. Die Mohammedaner forderten von der Regierung Genugthuung, trotz wiederholter Auforderung wurde die Auslieferung der Unruhestifter aber verweigert.

Verstärkung des deutschösterreichischen Bündnisses. Frankfurt a. M., 25. Juni. Wie der „Frankfurter Ztg.“ aus Wien gemeldet wird, soll eine Verstärkung des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn angekrebt werden, um einer größeren Agrar- und Handelspolitik die Wege zu ebnen.

Schweres Verbrechen.

München, 25. Juni. Gesternabend stellte ein Arbeiter seinen 19jährigen Gehilfen wegen Raubhaftigkeit zur Rede. Der junge Mann ergrimmte darüber, daß er, daß er einen schweren Hammer ergriff und ihn seinem Gegner mit solcher Wucht auf den Kopf schlug, daß das Gehirn blutig verletzt wurde. Das Befinden des Schwerverletzten ist hoffnungslos. Der jugendliche Täter wurde verhaftet.

Zur Ueberfidelung des „J. 1.“ nach Mex. Mex., 25. Juni. Heute nachmittags veranfaßte hier, das Luftschiff „J. 1.“ würde, da die Witterung günstig, von Friedrichshafen abgehen. Man erwartet seine eventuelle Ankunft etwa gegen 6 Uhr.

Verhafteter Betrüger.

Frankfurt a. M., 25. Juni. Nach Untersuchungen in Höhe von 30.000 Mark in der Möbelfabrik zu Höchst wurde der Kaufmann C. Schmidt heute verhaftet.

Neuer Unterstaatssekretär im Finanzministerium. Breslau, 25. Juni. Geheimer Oberpräsidialrat, Geheimer Oberregierungsrat Dr. Michaelis ist zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt worden.

Zugentleistung.

Budapest, 25. Juni. Bei der Station Toros-Szent-Miklos entgleitete der von Hatmar nach Budapest fahrende Schnellzug. Der Speisewagen und ein Wagen 2. Klasse fürzten um. Zwei Reisende wurden lebensgefährlich verletzt.

Verhaftung eines Spions.

St. Etienne, 25. Juni. Die Polizei verhaftete dort 25jährige Belgier Gody wegen Spionageverdachts. Er hatte sich durch Ausfragen von Soldaten überdächtig gemacht und ging dann in eine Kasse, indem er sich bereit erklärte, verlässliche Schriftstücke anzufauchen.

Ein lentbares Luftschiff für Spanien.

Madrid, 25. Juni. Ueber die Rüstungen werden immer mehr Einzelheiten bekannt. So hat die spanische Regierung der französischen Firma „Astra“ den Auftrag erteilt zur Herstellung eines lentbaren Luftschiffes bis Ende Sommer.

Die Mächte und Areta.

Athen, 25. Juni. Die Athener sowohl wie die Konstantinopeler Regierung wurden von den Mächten verständigt, daß die Frage der Autonomie Kretas vorläufig noch nicht erledigt werden solle, da die Gemüter noch zu sehr erregt seien. Ausschreitungen von griechischer wie von türkischer Seite würden streng gehandelt werden.

Selbstmord.

Serajewo, 25. Juni. Der Gründer der neuen Schiffahrtsgesellschaft Belost-Drufto Rittermeister a. D. D. Magara, hat sich wegen finanzieller Schwierigkeiten in Jalynta erschossen.

Trient, 25. Juni. Bei einer auf der Etsch vorgenommenen Ueberbrückungsübung der Pioniere kenterte ein Ponton. Ein Unteroffizier und zwei Pioniere fanden den Tod.

Leitung: Wilhelm Georg.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handeltel: Ernst Alexander-Kay; für den Inseratenteil: H. S.ermann; Weidbaum; Druck und Verlag von Otto Hendel; sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. —

— Inoffiziell „Unterhaltungsblatt.“



Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Reichsbahn', 'Banken', 'Industrie', 'Eisenbahn', etc.